

5.3.1 Zone M_01

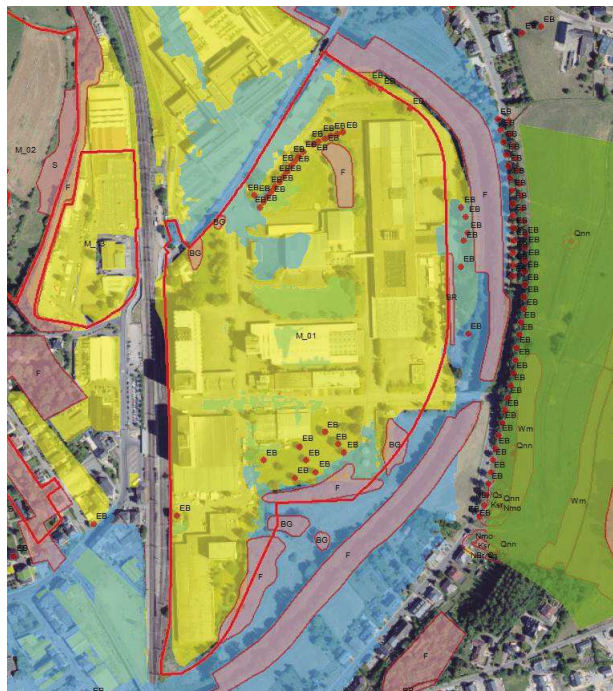


Abb. 32: Lage der Planfläche (rot: Art. 17-Biotope, gelb: Altlasten-/Verdachtsflächen, blau: Überschwemmungsbereich nach TIMIS HQ extrem, grün: PSP - Zone prioritaire).

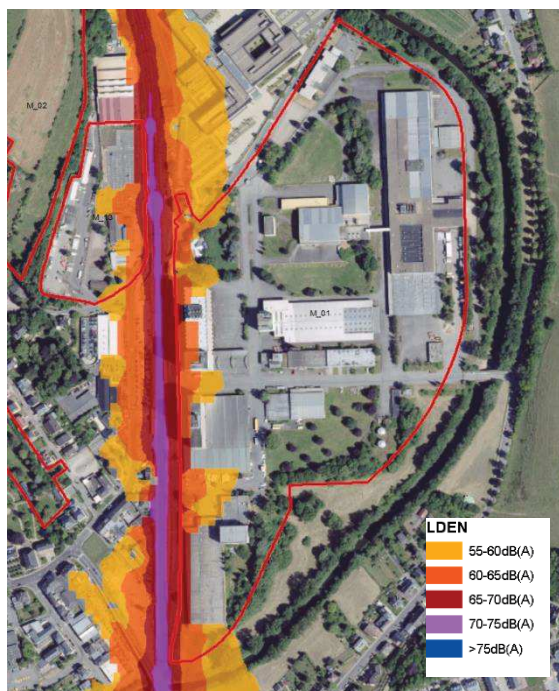


Abb. 33: Lage der Planfläche im Kontext zur Lärmbelastung durch Schienenverkehr (Lden).



Abb. 34: Freifläche im Süden der Zone M_01.



Abb. 35: westlicher Randbereich der Fläche.

Bestand

Die etwa 17,34 ha große Zone M_01 liegt im Osten bis Nordosten der Ortschaft Mersch, innerhalb des aufgeschütteten Auenbereichs der Alzette. Es handelt sich um den ehemaligen Standort des Agrocenters. Ein Großteil der Fläche ist demnach versiegelt und stark von bestehender Bebauung gekennzeichnet. Die westliche Flächenbegrenzung wird von den Bahngleisen der CFL (Strecke Luxembourg – Troisvierges – Gouvy) gebildet. An ihrem



nordwestlichen Rand steht die Zone in Kontakt mit der „Rue de la Gare“ (C.R.183), jenseits derer sich das Lycée Ermesinde befindet.

PAG Ausweisung

Im PAG en vigueur ist die Fläche als „Zone d'activités“ ausgewiesen. Auf der Fläche sind unterschiedliche Ausweisungen, wie „Zones d'habitation 1“ (HAB-1) im Osten der Fläche, „Zones d'habitation 2“ (HAB-2), „Zones mixtes urbaine“ (MIX-u) entlang der Bahngleise und „Zones de bâtiments et d'équipements publics“ (BEP) im äußersten Norden der Fläche geplant. Teilbereiche im Norden sind mit einer „Zone d'aménagement différencié“ überlagert, während Teilbereiche im Westen als „Zone d'urbanisation prioritaire type 1“ hervorgehoben sind. Der Bereich zwischen der Zone M_01 und der Alzette ist im PAG projet als „Zone de parc public“ ausgewiesen. Im gültigen PAG gehört dieser Bereich noch zur „Zone d'activités“. Da die „Zone de parc public“, im Sinne des RGD vom 28. Juli 2011⁴², zu den „Zones destinées à rester libres“ gehört, wird somit durch die Planung in diesem Fall der bebaubare Bereich in der Nachbarschaft zur Alzette im Vergleich zum gültigen PAG verkleinert. Darüber hinaus sind diverse ZSUs definiert worden.

Im Rahmen eines Gutachterverfahrens „Consultation rémunérée « Quartier de la Gare à Mersch »“ (ACM & MDDI, September 2010) wurde geprüft, wie eine 53 ha große Fläche im Umfeld des Bahnhofs zukünftig entwickelt werden kann. Hintergrund ist die Schließung der Gießerei „Valfond“ (siehe Zone M_13) und die Standortverlagerung der agro-alimentären Industriebetriebe (Zone M_01). Dies eröffnet die Möglichkeit die betreffenden Bereiche, inklusive der angrenzenden Flächen im Übergang zum Stadtgefüge, zukünftig umzustrukturieren, wobei die Stellung der Gemeinde Mersch als „Centre de Développement et d'Attraction“ (CDA) besonders berücksichtigt werden soll. Zur Weiterverfolgung wurde vom Expertengremium das Projekt der Arbeitsgemeinschaft rha.pgo.ibk⁴³ ausgewählt. Das PAG projet orientiert sich weitgehend an diesem Projekt.

Ergebnisse der UEP & Anmerkungen im Avis nach 6.3

In der UEP konnten erhebliche Auswirkungen auf folgende Schutzgüter nicht ausgeschlossen werden:

Ergebnis tabelle der UEP	Bevölkerung und Gesundheit des Menschen	Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt	Boden	Wasser	Klima und Luft	Landschaft	Kultur- und Sachgüter
--------------------------------	---	--	-------	--------	-------------------	------------	--------------------------

Das MDDI empfiehlt, im Rahmen des Umweltberichts auf die Studien zurückzugreifen, welche bereits für die geplante Umstrukturierung der Fläche durchgeführt worden sind und eindeutig darauf verweisen. Die Problematik der Altlastverdachtsflächen ist im Umweltbericht, laut dem MDDI, vertieft zu betrachten, wobei die möglichen Wechselwirkungen mit dem Grundwasser berücksichtigt werden sollen.

⁴² Règlement grand-ducal du 28 juillet 2011 concernant le contenu du plan d'aménagement général d'une commune.

⁴³ Reicher haase assoziierte GmbH (rha), Planergruppe GmbH Oberhausen (pgo), Ingenieurbüro Kühnert (ibk)



Aufgrund der Lage in der Zone inondable rät die AGE von der Bebauung der Zone M_01 ab, bzw. belegt eine Bebauung mit entsprechenden Vorsorge- und Schutzmaßnahmen (s. Kapitel 1.5.2).

Nullvariante

Falls die geplanten Umwidmungen nicht erfolgen, wird die Fläche als „Zone d'activités“ im gültigen PAG verbleiben. Als solche kann sie weiterhin einer gewerblichen und industriellen Nutzung zugeführt werden, was voraussichtlich höhere Auswirkungen auf die Umwelt hat als die vorgesehene großflächige Wohnnutzung.

Prognose und Minderung der Auswirkungen

→ Schutzgut „Bevölkerung und Gesundheit des Menschen“

Lärm: Durch die angrenzende Bahnstrecke der CFL ist eine Beeinträchtigung der geplanten Wohnnutzung durch den vom Schienenverkehr ausgehenden Lärm möglich. Die strategischen Lärmkarten lassen erkennen, dass die bestehenden, zum Teil relativ hohen Gebäude im Westen der Zone M_01 (Silos des Agrocenters) mit einer abschirmenden Wirkung in Bezug auf die auftretenden Schalldruckpegel entlang der Bahngleise verbunden sind. So ist für die Ostseiten dieser Gebäude festzustellen, dass hier der Schalldruckpegel (Lden) unterhalb von 55 dB(A) liegt. Es ist davon auszugehen, dass im Falle eines Abrisses der genannten Gebäude die Situation im Hinblick auf den zu erwartenden Lärm jener entspricht, wie sie derzeit zwischen den Gebäuden vorliegt. So ist in diesem Bereich ein Schalldruckpegel (Lden) von 55 bis 60 dB(A) noch in einer Entfernung von 60 bis 70 m, zum Teil auch 80 m zu den Bahngleisen feststellbar. Ein Schalldruckpegel (Lden) von 60 bis 65 dB(A) liegt noch in einer Entfernung von bis zu 30 m zu den Bahngleisen vor. In beiden Fällen werden die in Kapitel 4.1.2 genannten Grenzwerte nicht überschritten. Erst im Nahbereich zu den Gleisen (ab etwa 10 m) kann ein Schalldruckpegel von 65 bis 70 dB(A) festgestellt werden. Diese Werte liegen oberhalb jener in Kapitel 4.1.2 genannten Grenzwerte, für deren Überschreitung die Umsetzung von langfristigen Aktionsplänen vorgesehen ist. Im PAG ist die mögliche Beeinträchtigung der Wohnnutzung durch den Schienenverkehr berücksichtigt, indem die Wohngebiete, die geplanten HAB-1 und HAB-2, von den Bahngleisen durch die als MIX-u und als BEP geplanten Bereiche getrennt sind. So sind, im Sinne der Großherzoglichen Verordnung vom 28. Juli 2011⁴⁴, in den HAB-1 und den HAB-2 mindestens 90 % bzw. 80 % der Surface construite brute für Wohnnutzung vorzusehen, hingegen beträgt dieser Mindestanteil in den MIX-u 25 %.

Naherholung: Durch den, in dem Projekt der Arbeitsgemeinschaft rha.pgo.ibk vorgesehenen Fußwege entlang der Alzette wird der Naherholungswert nicht nur für die Bewohner des neuen Quartiers erhöht, auch für Bewohner der umliegenden Bereiche kann der Fußweg ein attraktiver Spazierweg werden.

⁴⁴ Règlement grand-ducal du 28 juillet 2011 concernant le contenu du plan d'aménagement général d'une commune.



Die in der UEP festgestellte, mögliche Gefährdung des Schutzgutes „Bevölkerung und Gesundheit des Menschen“ durch Hochwasserereignisse wird bei den Schutzgütern „Boden“ und „Wasser“ thematisiert.

Minderung: Im Hinblick auf die mögliche Lärmbelastung durch den Schienenverkehr ist die Umsetzung von passiven und aktiven Lärmschutzmaßnahmen zu empfehlen. Erstere umfassen Maßnahmen am Immissionsort. Dazu zählt z. B. der Einbau von Lärmschutzfenstern- und -türen. Zweitere umfassen Maßnahmen an der Schallquelle. Dies beinhaltet z. B. die Errichtung von Lärmschutzwällen oder -wänden.

➔ Schutzgut „Pflanzen, Tiere, biologische Vielfalt“

Biotopschutz (Art. 17): In dem Projekt der Arbeitsgemeinschaft rha.pgo.lbk ist vorgesehen den „bemerkenswerten Baumbestand im Quartier [...] als besondere Qualität“ zu integrieren.

Genereller Artenschutz (Art. 20): Generell besitzt die Fläche eine geringe Bedeutung für den Fledermausschutz (ProChirop 2014). Als Jagdhabitat und Flugkorridor dienen lediglich die gewässerbegleitenden Baumreihen, die nicht nur aus artenschutzrechtlichen Gründen, sondern auch hinsichtlich des Landschaftsbildes zu erhalten sind. Ein Vorkommen weiterer Arten des Anhang 6 wird nicht erwartet.

Die Analyse der Avifaunistischen Daten (COL 2015) zeigt Sichtungen des Rotmilans (*Milvus milvus*) und des Wanderfalke (*Falco peregrinus*) auf der Untersuchungsfläche. Darüber hinaus besteht gemäß der Daten der COL an den Getreidesilos ein künstlicher Nistkasten des Wanderfalke. Da dieser seit einigen Jahren nicht mehr als Nistkasten sondern vielmehr zur Zerlegung der Beute genutzt wird, sind keine CEF-Maßnahmen notwendig (siehe Gesprächsprotokoll im Anhang 5). Bei einem möglichen Vorkommen von Gebäudebrütern, die auf der Fläche Brutvorkommen aufweisen, vermutlich insbesondere Schwalben, sind gemäß Art. 20 NatSchG CEF-Maßnahmen notwendig.

Der Vorkommensnachweis bzw. die Sichtung des Rebhuhns (*Perdix perdix*) nördlich der Untersuchungsfläche, ist aufgrund des heutigen Schulstandortes in diesem Bereich zu vernachlässigen.

Habitats geschützter Arten (Art. 17): Der gemäß der COL (2015) auf der Fläche gesichtete Rotmilan und Wanderfalke sind beide Bestandteil des Anhang 3 NatSchG und fallen unter Art. 17 NatSchG. Bei der Bewertung dieser Artvorkommen ist zu berücksichtigen, dass aus der Datengrundlage nicht die Art der Erfassung hervor geht. So können dies z. B. auch Zufallsbeobachtungen oder Überflugsbeobachtungen sein. Der Wanderfalke schlägt seine Beute im Schnellflug, Artenschutzmaßnahmen sind demnach ausschließlich durch das Anbringen von Nistkästen sinnvoll, für die Fläche M_01 jedoch nicht erforderlich, da durch die Planung kein Brutvorkommen beeinträchtigt wird. Der Rotmilan jagt gemäß der COL insbesondere auf den Grünlandflächen entlang der Alzette. Da diese Bereiche bei der zukünftigen Überplanung der Zone M_01 erhalten und z. T. ausgedehnt werden, werden zusätzliche Kompensationsmaßnahmen für den Rotmilan als nicht erforderlich erachtet. Aufgrund der im PAG vorgesehenen „Zone de parc public“ entlang der Alzette und des





daraus resultierenden Erhalts der bedeutsamen Strukturen, ist eine zusätzliche Identifikation der Zone nach Art. 17 auf PAG-Ebene nicht erforderlich.

Minderung: Sofern die auf der Untersuchungsfläche vorhandenen Art. 17 Biotopie nicht erhalten werden können, sind entsprechende Kompensationsmaßnahmen sowie im Vorfeld der Rodungsarbeiten, die Prüfung auf mögliche Quartiere geschützter Arten durchzuführen. Kompensationsmaßnahmen sollten nach Möglichkeit auf der Fläche, z. B. im Bereich des geplanten Parks umgesetzt werden. Geschützte Strukturen im Norden der Fläche sind mit einer ZSU, Typ „biotopes“ überlagert und demnach auf der Ebene des PAG gesichert. Weitere Gehölzstrukturen liegen außerhalb der Untersuchungsfläche (diese Bereiche sind im PAG als Zone de parc public ausgewiesen).

Zudem ist eine ZSU „coulée verte“ in Ost-West-Richtung über die Fläche im PAG ausgewiesen.

Darüber hinaus ist die in der Planung von rha.pgo.ibk vorgesehene Anlage attraktiver Blumenwiesen im Mosaik mit kurzen Rasenflächen sowie der Nutzung der natürlichen Mulden als Retentionsraum zu empfehlen. Des Weiteren ist im Vorfeld der Abrissarbeiten ein Vorkommen von Gebäudebrütern zu prüfen und ggf. durch CEF-Maßnahmen nach Art. 20 NatSchG zu ersetzen. Nach Rücksprache mit der COL ist, z. B. bei Schwalben die Anbringung von einfachen, artspezifischen Nisthilfen an Bestandsgebäuden ausreichend. Zur Durchführung dieser ggf. notwendig werdenden Maßnahmen ist eine Absprache mit der COL erforderlich. Die Gemeinde ist darüber informiert.

➔ Schutzgüter „Boden und Wasser“

Bodenqualität: Ursprünglich lagen auf der Fläche Schwemmböden der Alzette vor (Alluvium). Hinsichtlich der aktuellen bzw. ehemaligen Nutzung der Fläche ist mit Aufschüttungen zu rechnen. Somit wurde die ursprüngliche Qualität des Bodens bereits vermindert – hinzu kommt der Altlasten(verdacht).

Altlasten / -verdachtsfläche: Im Zusammenhang mit der ehemaligen Nutzung der Zone M_01 (Standort vom Agrocenter) ist die gesamte Zone im Altlastenkataster als Altlastverdachtsfläche registriert (Agrocenter Mersch – Lager, SPC/04/1252). Die Mobilisierung von Bodenmaterial in diesem Bereich kann zu einer Freisetzung von Schadstoffen führen und eine Beeinträchtigung von Schutzgütern nach sich ziehen (unter anderem „Bevölkerung und Gesundheit des Menschen“ und „Wasser“).

Bodenverbrauch / -versiegelung: Der Versiegelungsgrad auf der Zone ist derzeit als relativ hoch anzusehen. Infolge der Erschließung der Zone als Wohngebiet, wird die Fläche auch zukünftig einen relativ hohen Versiegelungsgrad aufweisen, welcher jedoch aufgrund der partiellen Gartennutzung eine Auflockerung erfährt. Die Überplanung der Fläche bietet die Gelegenheit entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, um die Infiltrationsrate zu erhöhen und gleichzeitig den Oberflächenabfluss zu reduzieren.

Hochwasser: Die Alzette bildet die nord- bis südöstliche Begrenzung der Untersuchungsfläche. Der geringe Höhenunterschied der Fläche zum Fließgewässer bedingt Stauwasser und hochanstehendes Grundwasser. Außerdem kann die Fläche gemäß der TIMIS Daten von





Hochwasser betroffen sein. Bei Hochwasserereignissen wie TIMIS HQ extrem, wird insbesondere der Grünbereich im Süden sowie der östliche Teil der Fläche überschwemmt. Auch Tiefpunkte im Zentrum der Fläche, die z.T. unter dem Flußniveau liegen, sind bei extremen Hochwasserereignissen betroffen.

Minderung: Der Boden im Bereich der vorhandenen Altlastverdachtsfläche sollte im Sinne der in Kapitel 4.3.2 geäußerten Erläuterungen im Falle einer Umnutzung untersucht und gegebenenfalls saniert werden. Dies ist auf der Ebene des PAG durch eine entsprechende Ausweisung festgesetzt.

Abhängig von der Altlastenverdachtsfläche sind hinsichtlich einer verbesserten Infiltrationsrate insbesondere bei der Anlage von Parkflächen wasserdurchlässige Materialien z. B. Rasengittersteine oder ein Natursteinbelag mit weiten Fugen zu verwenden. Darüber hinaus wäre insbesondere bei Flachdachbauten eine Dachbegrünung ein effektives Mittel zur lokalen Rückhaltung von Niederschlagswasser und somit zur Entlastung der Kläranlagen. Zudem wirken sich begrünte Dächer auch positiv auf das Mikroklima sowie den Energiehaushalt aus.

Für eine Bebauung innerhalb eines potentiellen Überschwemmungsgebiets ist eine Genehmigung durch den für Wasserschutz zuständigen Minister notwendig. So ist gemäß Artikel 39 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008⁴⁵ eine Bebauung im Überschwemmungsgebiet dann möglich, wenn das verloren gegangene Retentionsvolumen der Fläche kompensiert werden kann und die Bebauung zu keiner erhöhten Gefährdung für die Bewohner, Sachgüter und die Umwelt durch Hochwasser führt (s. Kapitel 1.5.2). Dies ist im Rahmen einer entsprechenden Studie zu untersuchen bzw. mit der AGE abzusprechen.

Zur Wiedergewinnung von Überschwemmungsgebieten ist die Renaturierung der Mamer und Alzette im Park von Mersch vorgesehen. Dies ist eine der Maßnahmen, welche im Sinne des Hochwasserrisikomanagementplans (Hrsg. MDDI 2014) definiert wurde.

➔ Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“ (ergänzend)

In Bezug auf die neuen Vorgaben seitens des CNRA wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass im Vorfeld der Bebauung das CNRA zu kontaktieren ist, da die Fläche mehr als 0,3 ha umfasst (Zone beige).

Bewertung und Alternativen

Aufgrund der ehemaligen Nutzung der Fläche ist bereits ein hoher Störungsdruck auf die Umwelt vorhanden. Die Überplanung der Fläche bietet auch im Zusammenhang mit der Fläche M_13 die Möglichkeit zum Ausgleich vorhandener Defizite, z. B. ggf. Altlastensanierung des bisher nicht sanierten Bereiches, Verbesserung der Infiltrationsrate, Optimierung der

⁴⁵ Loi du 19 décembre 2008 relative à l'eau





Freizeit- und Erholungsnutzung. Das Projekt der Arbeitsgemeinschaft rha.pgo.ibk bildet eine gelungene Ausgangssituation für o. g. Verbesserungs- bzw. Minderungsmaßnahmen. Mit der Umwandlung der im PAG en vigueur als Gewerbezone ausgewiesenen Fläche zur Wohn- und Mischnutzung geht der Gemeinde Gewerbeflächen verloren. Mit der Erweiterung des Gewerbegebietes „Mierscherbiert“ (s. Untersuchungsflächen 15, 16 und 17) wird dem Verlust begegnet.

Der Artenschutz wird durch die Anbringung von Nisthilfen für Gebäudebrüter sowie die Untersuchung von Gebäuden und Bäumen im Vorfeld möglicher Abriss- bzw. Rodungsarbeiten ausreichend berücksichtigt.

Insgesamt kann die Planung verträglich gestaltet werden, eine Prüfung von Alternativen ist demnach nicht erforderlich.